

**Zeitschrift:** Bremgarter Neujahrsblätter  
**Herausgeber:** Schodoler-Gesellschaft  
**Band:** - (1971)

**Artikel:** Jugend und politische Willensbildung in Bremgarten : tempora mutantur et nos mutamur in illis  
**Autor:** Oswald, Urs  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-965114>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 09.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# *Jugend und politische Willensbildung in Bremgarten*

VON URS OSWALD

*Tempora mutantur et nos mutamur in illis*

Eine sorgfältige Meinungsforschung unter den Jungen von Bremgarten würde wohl eine ganze Reihe von Ideen, Anregungen und Wünschen gegenüber der Gemeinde ergeben. Es wäre auch wenig erstaunlich, wenn sich der gemeinsame Nenner für diese Gedanken nur schwerlich oder überhaupt nicht finden liesse. Dies ist erfreulich und durchaus positiv zu werten. Die verheerenden Folgen von gleichgeschaltetem Denken und Handeln sind uns zur Genüge bekannt. Andererseits verbietet mir diese wertvolle Vielfalt der Meinungen, im Namen der Jugend von Bremgarten zu sprechen. Wenn ich es gleichwohl tue, so bin ich mir also bewusst, dass vielleicht nur wenige meine Auffassungen teilen, viele aber anderer Meinung sind. Gegensätzliche und zusätzliche Ideen bedeuten aber eine Bereicherung einer sachlichen Diskussion und sind deshalb zu achten.

## *Ausgangslage*

Die Jugend von heute hat am politischen Leben in Gemeinde, Kanton und Bund nicht in einem gebührenden Ausmasse Anteil. Ich will mich hier auf die Frage beschränken, warum sich die Jungen gerade um das Geschehen in der Gemeinde als der ersten, elementaren politischen Einheit

nur wenig oder überhaupt nicht kümmern. Die Antwort fällt nicht leicht. Die Gründe für die ablehnende Haltung der Jugend — manche, mitunter auch Bundesräte, sprechen von einem allgemeinen Malaise — sind wohl nicht alle in der gleichen Richtung zu suchen. Eine umfassende Antwort wird denn auch nicht möglich sein. Den Kernpunkt des Desinteresses sehe ich in der Tatsache, dass gerade der jugendliche Bevölkerungsteil praktisch keine Möglichkeit hat, auf den Gang der Dinge einen bemerkenswerten Einfluss auszuüben. Ist es da verwunderlich, wenn die Flinte ins Korn geworfen wird, etwa mit der Bemerkung: «Die machen ja doch, was sie wollen»? Den Jungen fehlt vorab einmal die Möglichkeit der Meinungsbildung. Man wird einwenden, die Parteien als ideale Orte zur Meinungsforschung und Meinungsbildung ständen auch den Jungen offen. Dieser Einwand mag zum Teil richtig sein, doch an vielen Punkten geht er achtlos vorbei. Vorab kommt einem wesentlichen Teil der Jungen noch kein Stimmrecht zu. Andererseits erweist es sich meines Erachtens als falsch, jugendliches Denken und Sinnen in teilweise starre Parteiprogramme, ausgefahrene Ideengeleise und ausgehöhlte Parteischlagworte hineinzupressen. Der junge Geist darf nicht zum vornherein von aussen her fixiert und damit manipuliert werden, — vielmehr muss er sich selbst nach Vorhandenem umsehen und dann entscheiden können. Im Rahmen der Partei kann einem Jungen diese Möglichkeit nicht geboten werden. Damit sei nichts gegen die Parteien gesagt, die im politischen Leben zweifelsohne eine fruchtbare und wertvolle Rolle zu spielen vermögen. Doch auch hier muss differenziert werden: Es dürfen nicht alle möglicherweise politisch Interessierten, Junge und Alte, Männer und Frauen, in den gleichen Topf geworfen werden.

Es gilt also vorab, den Jungen einen Ort zur Meinungsbildung und zum Meinungsaustausch zu eröffnen. Meine Vorschläge dafür will ich in einem späteren Abschnitt darlegen.

Zuerst ist noch auf die fehlende Möglichkeit der Verwirklichung der Ideen der Jungen hinzuweisen. Gerade dieser Punkt des Problems brennt am meisten. Was nützt es, Ideen und Pläne zu erarbeiten, wenn diese doch keine Chancen haben, je einmal Wirklichkeit zu werden? Die Jungen wissen zwar um die demokratischen Spielregeln, so etwa der Initiative und des Referendums, — gleichzeitig wissen sie aber auch, dass die Hindernisse der Praxis gerade für jugendliche Gruppen in der Regel unüberwindlich sind. Man stelle sich etwa die Begeisterung und das Interesse der Mehrheit der Teilnehmer einer Einwohnergemeindeversammlung vor, wenn nach erledigter, stets reichbefrachteter Traktandenliste jugendliche Initianten Anträge stellen und sich Gehör verschaffen wollen, zumal die Anregung ein Problem der Jungen betrifft und damit wenig Gemeininteresse zu erwecken vermag! Das vorzeitige Verlassen des Saales durch die einen und mürrisches Gemurmel über die unbotmässige Verspätung der andern, bringen die Initiative vorzeitig zu Fall. Bei derartigen Aussichten ist es müssig, über die gesetzlich vorgesehenen Möglichkeiten der Jungen zur Teilnahme an der politischen Willensbildung in der Gemeinde zu theoretisieren. Den Jungen ist daher eine erneuerte Stellung vor und während der Phase der Bildung des politischen Willens einzuräumen.

### *Ideen für die Zukunft*

Es ist dargelegt worden, dass keine der zur Zeit vorhandenen Formationen dem Bedürfnis der Jugend zur Meinungsäusserung und Meinungsbildung zu genügen vermag. Es wäre deshalb vorab ein Forum der Jungen zu schaffen, das sich — übrigens frei von leitender und lenkender Oberhand — aus jungen Leuten im Alter von zirka 17—25 Jahren, zusammensetzen müsste. Doch halt, bereits der Begriff der «Zusammensetzung»

muss kritisch gewürdigt werden. Starre Formen dieser jugendlichen Gruppierungen, so etwa ein Verein, sind zu vermeiden. Gerade der Verein als klassische Organisationsform der etablierten Gesellschaft dürfte bei den Jugendlichen verdächtig erscheinen. Die Schaffung dieses Forums darf niemals von oben, sondern nur von unten — also den Jugendlichen selbst — herkommen. Die Rolle der Behörden, der Presse wie auch des Souveräns muss sich auf das verständnisvolle Dulden einerseits und die tatkräftige Unterstützung in materieller Hinsicht andererseits beschränken. Diese Gelegenheit zur politischen Diskussion und Meinungsbildung wird — wenn auch nicht vom ersten Tage an — von der Jugend sicher dankbar ergriffen werden. Vermutlich werden die Teilnehmer solcher Gruppierungen ganz von selbst auf gewisse Formen und Verfahrensarten kommen, möglicherweise wird aus dem Forum sogar ein Verein. Gleichwohl wäre ein wertvoller Unterschied nicht zu verkennen, — dass nämlich die Jungen selbst die Notwendigkeit und Nützlichkeit gewisser Regeln erkannt und anerkannt hatten und sie nicht als gegeben und unabänderlich hinnehmen mussten. Ganz nebenbei wäre damit auch einem andern wesentlichen Anliegen der jungen Generation geholfen: Die sogenannte heutige Jugend — ich verwende den Begriff nur ungern, enthält er doch bereits einen stillen Vorwurf und ist damit von bitterem Nachgeschmack — will nicht in absoluter Weise alle gegebenen Institutionen, alle Formen und Regeln, kurz alles Etablierte zerstören, um ganz von vorne anzufangen. Vielmehr will sie zur heutigen Gesellschaft nur dann ja sagen, wenn sie selbst diese Gesellschaft prüfen und frei bejahen konnte und nicht einfach bejahen musste. Jugendliche Kräfte, die nur zerstören, niederreißen und auseinandernehmen, nicht aber gleichzeitig auch aufbauen, erneuern und verbessern wollen, sind weder zukunftsweisend noch nützlich, sondern lediglich Handlanger, bisweilen auch nur Werkzeuge der auf breiter

Basis betriebenen Subversion unserer Gesellschaft. Unsere Gesellschaft liegt vorderhand noch nicht auf dem Sterbebett, sie braucht lediglich hie und da ein neues Gewand. Es ist wieder einmal an der Zeit, Konfektionsarbeit zu leisten.

Doch zurück zum zweiten Teil der Vorschläge! Der Jugend muss bei der Willensbildung ein besserer Platz eingeräumt werden. Wie ist das möglich? Ich schlage vor, in Bremgarten sei die Einführung der ausserordentlichen Gemeindeorganisation, also die Abschaffung der Gemeindeversammlung und die Einführung eines Einwohnerrates, in Aussicht zu nehmen. Diese Neuerung wird sich infolge der Bevölkerungsentwicklung und der bevorstehenden Einführung des Stimm- und Wahlrechts der Frauen einerseits und der explosionsartigen Ausweitung der Gemeindeaufgaben andererseits ohnehin in naher Zukunft aufdrängen. So dürfte es in Bremgarten bald an die 2000 stimmberechtigte Frauen und Männer geben. Der Saal im Casino vermag kaum die Hälfte davon zu fassen. Andererseits haben die Funktionen der Gemeinde als Folge der technischen und zivilisatorischen Fortschritte eine grosse Ausweitung erfahren. Die Ausweitung der Gemeindeaufgaben hat aber eine Ueberfüllung der Traktandenlisten der beiden jährlichen Gemeindeversammlungen zur Folge. Sind die Aufgaben aber einmal so zahlreich und kompliziert geworden, dass der Gemeindebürger im normalen Leben weder Zeit noch die Fähigkeit mehr hat, mit ihnen fertig zu werden, so resultiert daraus erfahrungsgemäss, dass die Bürgerschaft politisch passiv wird und sich nicht mehr engagiert fühlt. Wenn ein derartige Stagnation des Gemeindelebens eintritt, dürfte die Einführung der ausserordentlichen Gemeindeorganisation angezeigt sein, wie auch ganz allgemein dann, wenn die Gemeindeversammlung zu gross ist und keine Diskussion mehr zulässt, sondern demagogische Manipulationen ermöglicht. Die Einführung der ausserordentlichen Organisation vermag also vorab Bedürfnisse zu decken, die sich ohnehin in

naher Zukunft ergeben werden. Zudem kommt sie den Wünschen der Jugend entgegen, vorausgesetzt, dass einige Vertreter aus dem Kreise der Jungen in den Einwohnerrat einziehen können. Denn in ihrer Funktion als Einwohnerräte können die Jungen nicht mehr übergangen werden. Mit einem Mandat im Einwohnerrat wird dem angeregten Forum die einmalige Chance der Teilnahme an der politischen Willensbildung in der Gemeinde in die Hand gegeben. Andererseits kann die Einwohnerratsversammlung über den gleichen Kanal die Meinung der Jungen erfahren. Wichtig erscheint auch hier, dass sich nur ernsthaftige Leute für den Einwohnerrat zur Verfügung stellen. Destruktive Elemente können dem Ziel, nämlich der Vertiefung des politischen Gedankens, nur schaden. Es ist also Aufgabe der Stimmbürger, nicht etwa Böcke zu Gärtnern zu machen.

### *Ausblick*

Ich bin mir bewusst, dass die ausserordentliche Gemeindeorganisation wie auch das Forum der Jungen in naher Zukunft Idee und Traum bleiben wird. Eine Neuerung von dieser Tragweite kann in unserer, von der Tradition (glücklicherweise) mitgeprägten Stadt denn auch gar nicht von heute auf morgen eingeführt werden. Es gilt jedoch, sich schon frühzeitig mit diesen Gedanken zu befassen. Auch das Rad der Zeit dreht sich heute schneller. Aus den Revolten der Jugend in anderen Städten und Ländern sollten die Konsequenzen gezogen werden. Es gilt, sich vom Rad der Zeit nicht überfahren zu lassen, auch wenn es dazu eine gehörige Portion Mut braucht.

---

#### *Literatur:*

Gehrig Heinz: Die ausserordentliche Gemeindeorganisation in der Gemeinde, Dissertation, Aarau 1967.

Forsthoff Ernst, Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 1. Bd., 1966.